

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Soziales und Senioren
Herrn Michael Paetzold

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 26.01.2017

AN/0151/2017

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Soziales und Senioren	26.01.2017

Wohnraum für benachteiligte Personengruppen

Sehr geehrter Herr Paetzold,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen im Rat der Stadt Köln bitten darum, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 26.01.2017 zu setzen:

Durch die derzeitige Beschlusslage zu bezahlbarem Wohnraum im Rat, wird vor allem mit dem kooperativen Baulandmodell die Zielsetzung verfolgt, mindestens 30 Prozent der Bauvorhaben als öffentlich geförderten Wohnungsbau zu realisieren.

Mit diesem wichtigen Schritt in die richtige Richtung soll preisgünstiger Wohnraum für Menschen zur Verfügung stehen, die sich die Miete von frei finanzierten Wohnungen nicht leisten können.

Es gibt weitere Personen-Gruppen, die preisgünstigen Wohnraum benötigen, die aber in der Regel kaum eine Chance auf eine eigene Wohnung haben, dies sind insbesondere Wohnungslose, Suchtkranke und Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Diese Problemlagen wurden u.a. auf einer Fachtagung des SKM-Köln im Herbst 2016 beraten. Dort wurde diskutiert, wie in der Stadtentwicklung und Stadtplanung - vor allem auch bei der Wohnungsvergabe - diese betroffenen Gruppen besser berücksichtigt werden können.

Vor diesem Hintergrund bitten die o. a. Fraktionen um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie groß ist die betroffene Personengruppe der wohnungslosen, suchtkranken und psychisch kranken Menschen in Köln?

2. Wie schätzt die Verwaltung die Versorgung dieses Personenkreises mit Wohnraum ein?
3. Sofern Handlungsbedarf besteht, wie können im öffentlichen Wohnungsbau in Köln die Bedürfnisse wohnungsloser und/oder psychisch kranker Menschen angemessen berücksichtigt werden?
4. Können die Träger der sozialen Arbeit bei öffentlich geförderten Bauvorhaben besser eingebunden werden?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
Grüne-Fraktionsgeschäftsführer